

# Positionen

## Flexible Beschäftigungsformen für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt – Vorwurf breiter Prekarisierung von Arbeit in Deutschland unhaltbar

März 2014

### Worum geht es?

Nach wie vor wird auf nationaler und internationaler Ebene die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt oftmals verzerrt dargestellt. Der Vorwurf: der deutsche Arbeitsmarkt wird segmentiert. So gebe es eine Erosion der „Normalarbeitsverhältnisse“ durch flexible Beschäftigungsformen, die durch eine „Niedriglohnstrategie“ noch verstärkt werde. Der Aufbau einfacher Arbeitsplätze im sogenannten Niedriglohnbereich gehe zu Lasten der Normalverdiener. Die Zahl der sogenannten „Aufstocker“ steige durch immer niedrigere Löhne und sei ein Indiz für Sozialdumping.

### Fakt ist...

- Zwischen 2006 und 2012 ist die Zahl abhängig Beschäftigter in einem „Normalarbeitsverhältnis“ um über 2 Mio. gewachsen, während die Zahl der flexibel Beschäftigten nur um etwa 320.000 zugelegt hat (Statistisches Bundesamt, 2013). Allein von Juni 2010 bis Juni 2012 wuchs die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse um 1,2 Mio..
- Flexible Beschäftigungsformen senken Einstiegshürden und bieten längerfristige Beschäftigungsperspektiven: Fast drei Viertel der zunächst befristeten Beschäftigten (72%) erhalten in ihrem Betrieb eine Anschlussbeschäftigung. Dabei ist der Anteil der Übernahmen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis in den letzten Jahren deutlich gestiegen (2009: 30%, 2012: 39%, aktuelle Zahlen aus dem IAB-Betriebspanel). Der Anteil der Befristungen an allen Beschäftigungsverhältnissen liegt seit Jahren stabil unter 10%.
- Zeitarbeit ist in Deutschland kein Massenphänomen, wie immer wieder suggeriert wird. Ihr Anteil an der Erwerbstätigkeit liegt in Deutschland nach den neuesten Zahlen bei lediglich 2% (Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2013) Gerade Zeitarbeit erleichtert Arbeitslosen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt: Im ersten Halbjahr 2012 waren fast zwei Drittel der neu eingestellten Zeitarbeitnehmer vorher ohne Beschäftigung.
- Es gibt keine deutsche „Niedriglohnstrategie“, wie immer wieder behauptet wird. Seit 2005 ist der Trend eines zunehmenden Niedriglohnbereichs gestoppt. Der Anteil der Beschäftigten im

Unser Zeichen:  
Fü

Pressereferent:  
Alexander Füten  
Fon: 0234/5 88 77 - 79  
Fax: 0234/5 88 77 - 70  
Mail: [fueten@agv-bochum.de](mailto:fueten@agv-bochum.de)

Arbeitgeberverbände  
Ruhr/Westfalen

Königsallee 67, 44789 Bochum  
Postfach 100130, 44701 Bochum

Fon: 0234 / 5 88 77-0  
Fax: 0234 / 5 88 77-70  
Mail: [info@agv-bochum.de](mailto:info@agv-bochum.de)  
[www.agv-bochum.de](http://www.agv-bochum.de)

Niedriglohnbereich an allen abhängig Beschäftigten schwankt seit Jahren um die 24%-Marke. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors fand vor den Reformen der Agenda 2010 von Mitte der 90er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre statt.

- In Deutschland werden die Löhne von den Sozialpartnern ausgehandelt, der Staat hält sich heraus. Die Sozialpartner orientieren sich zu Recht an der Produktivitätsentwicklung der deutschen Wirtschaft und nicht an der Lohnpolitik anderer Länder. Diese Lohnpolitik hat die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesteigert und deutlich mehr Beschäftigung ermöglicht. Neue Arbeitsplätze beflügeln den Konsum bis zu zweieinhalb Mal so stark wie höhere Löhne.
- Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie ist 47% teurer als im EU-Durchschnitt. Deutschland gehört damit nach wie vor zu den Industrieländern mit den höchsten Arbeitskosten: Arbeitgeber in der Privatwirtschaft zahlten 2012 durchschnittlich 31 € für eine geleistete Arbeitsstunde – 32% mehr als im EU-Durchschnitt.
- Der Aufbau einfacher Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich schlägt sich in zusätzlichen Erwerbschancen vor allem für Geringqualifizierte nieder. Das geht nicht zu Lasten sogenannter Normalverdiener, sondern ermöglicht mehr Beschäftigung insgesamt. 2012 hatten rund 58% der 25-64-Jährigen ohne Berufsausbildung einen Job – zehn Jahre vorher waren es nur knapp 51% (Eurostat, 2013).
- Die Sozialstandards in Deutschland sind hoch. Auch die Zahl sogenannter Aufstocker ist kein Indiz für Sozialdumping oder für niedrige Löhne. Vier von fünf abhängig beschäftigte Aufstocker, also Personen, die ergänzend zum Erwerbseinkommen Arbeitslosengeld II beziehen, sind nicht vollzeitbeschäftigt. Mehr als die Hälfte (52%) üben lediglich einen Minijob aus, 30% sind teilzeitbeschäftigt. Aufgestockt werden in der Regel also nicht niedrige Löhne, sondern Arbeitseinkommen aus Beschäftigung mit einem nur geringen Arbeitszeiteinsatz.
- Es gab zuletzt bundesweit rund 47.000 alleinstehende Aufstocker, die trotz Vollzeittätigkeit ergänzendes Arbeitslosengeld II bezogen haben – und dies in der Regel auch nur vorübergehend: Die ganz überwiegende Mehrheit der alleinstehenden vollzeitbeschäftigten Aufstocker schafft innerhalb eines Jahres den Ausstieg aus der Hilfebedürftigkeit.
- Wegen der beim Arbeitslosengeld II gewährten familienbedingten Mehrbedarfe und der Übernahme der Unterkunftskosten muss ein in Berlin lebender, verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern unter 6 Jahren einen Stundenlohn von rund 14 € erzielen, um seinen Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld vollständig zu verlieren. Deswegen würden auch flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne nichts an dem Aufstockerphänomen ändern.

**Zur Information:** „Arbeitgeberverbände Ruhr/Westfalen“ ist eine Bürogemeinschaft aus vier Arbeitgeberverbänden, darunter Tarifträgerverbände für die chemische Industrie, die Metall- und Elektroindustrie und die Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie und einem branchenübergreifenden Arbeitgeberverband mit zusammen rund 400 Mitgliedsunternehmen, die circa 74.000 Mitarbeiter – darunter knapp 4000 Auszubildende - beschäftigen. Weitere Informationen zu den Verbänden erhalten Sie unter [www.agv-bochum.de](http://www.agv-bochum.de).